

Bürgermeister
Jürgen Haas

**Haushaltsrede zur Einbringung des
Haushaltsplans 2025 Finanzplan und
Investitionsmaßnahmen 2026 - 2028
der Stadt Winnenden und des Eigenbetriebs
„Stadtbau Winnenden“**

Vorgetragen in der Sitzung des Gemeinderats am
5. November 2024



winnenden

Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplans 2025 Finanzplan und Investitionsmaßnahmen 2026 - 2028 der Stadt Winnenden und des Eigenbetriebs „Stadtbau Winnenden“

Vorgetragen in der Sitzung des Gemeinderats am
5. November 2024

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth und
Herr Erster Bürgermeister Sailer,
sehr geehrte Leserinnen und Leser,
meine Damen und Herren,

tagtäglich strömen in allen Medien und Kanälen Konflikte und Katastrophen auf uns ein, seien sie ausgelöst von Menschen oder bedingt durch den fortschreitenden Klimawandel.

Der Ausgang der Präsidentenwahlen in den USA kann sich auf die Wirtschaft und die Handelsbeziehungen weltweit auswirken.

Die Einführung von Zöllen und Einfuhrstopps erschweren den internationalen Warenverkehr und den freien Handel.

Nationale Lage:

Die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte in Deutschland ist durch äußerst schwierige Rahmenbedingungen geprägt.

Besonders die weiterhin schwächelnde Inlandsnachfrage und die allgemeine Zurückhaltung bei den Investitionen belastet die deutsche Wirtschaft.

Die Menschen in Deutschland sparen mehr als in vielen anderen Industrieländern. Durchschnittlich wurden in 2023 rund zehn Prozent des Einkommens zurückgelegt; im ersten Halbjahr 2024 lag die Sparquote sogar noch höher.

Laut Prognose der führenden Wirtschaftsinstitute soll das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2024 um 0,1 Prozent schrumpfen, damit befände sich Deutschland in einer leichten Rezession. Für die kommenden beiden Jahre erwarten die Institute eine schwache Erholung mit Zuwächsen von 0,8 % (2025) und 1,3 % (2026).



Andere Institute gehen nicht von einer Erholung in den nächsten zwei Jahren aus. Nach der Rezession in 2023 wären das drei Jahre Rückgang in Folge, dies hätte es in der Bundesrepublik Deutschland noch nicht gegeben.

Die Ökonomen sehen aber insgesamt keine Kehrtwende; der Motor „stottert“ leider sehr ausgeprägt in Deutschland.

Mit den Ergebnissen der **Oktober-Steuerschätzung** sind die vorläufigen finanziellen Eckdaten bekannt.

Der Steuerschätzung wurden die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte 2024 der Bundesregierung zugrunde gelegt.

Den Ergebnissen zufolge entwickeln sich die Steuereinnahmen für Bund, Länder und Kommunen im laufenden Haushaltsjahr 2024 schlechter als noch in der Mai-Schätzung erwartet.

Die Kommunen in Baden-Württemberg müssen mit Mindereinnahmen in Höhe von 391 Mio. € gegenüber der Steuerschätzung von Mai 2024 ausgehen.

Dem Land Baden-Württemberg steht ebenfalls deutlich weniger Geld zur Verfügung als erwartet. Mit Blick auf den vor Kurzem in den Landtag eingebrachten Haushaltsentwurf muss das Land mit 1,85 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen planen, so das Finanzministerium.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Oktober mitgeteilt, den Leitzins um 0,25 auf 3,25 % zu senken. Das ist die dritte Zinssenkung in diesem Jahr. Viele Analysten erwarten, dass die EZB bis Ende des Jahres eine weitere Senkung beschließt.

Diese Zinssenkungen sollen dazu beitragen, das Wirtschaftswachstum in der Eurozone zu unterstützen und zu gewährleisten, dass die Inflation nachhaltig zum Zielwert von zwei Prozent zurückkehrt. Anleger und Sparer sollten diese Entwicklungen genau im Blick behalten, da Veränderungen beim EZB-Leitzins direkte Auswirkungen auf Kreditzinsen, Hypotheken und Sparanlagen haben werden.

Die geldpolitischen Entscheidungen der EZB im Jahr 2024 und darüber hinaus werden daher mitentscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa sein.

Die **Inflationsrate** in Deutschland wird in 2024 voraussichtlich +2,2 % betragen.

Nachrichtlich:

Im 2023 war die Jahreststeuerung mit 5,9 % fast dreimal so hoch.

Indikatoren wie Inlandsprodukt, Inflation, Leitzins, Arbeitsmarkt, und Löhne, manche sagen auch die Psychologie, führen zu bedeutenden negativen Entwicklungen im Finanzbereich.

Für unseren Haushalt bedeutet dies allein beim **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** für die Jahre 2025 bis 2028 eine Verschlechterung i. H. v. rund 5,1 Mio. €.



Für das Planjahr 2025 müssen aufgrund der geringeren Zuwächse bei der Einkommenssteuer Mindereinnahmen von rund 0,9 Mio. € und 2026 von rund 1,1 Mio. € eingeplant werden, die im vorliegenden Haushaltsplanentwurf aufgrund der Aktualität noch nicht berücksichtigt sind.

Darüber habe ich Sie am Mittwoch, 30.10.2024, informiert und auch die gemeinsame Pressemitteilung der kommunalen Landesverbände als Stellungnahme beigefügt.

Nachdem am Tag darauf der Haushaltserlass des Landes im Entwurf kam, ergaben sich weitere Verschlechterungen, so dass sich der weitere Ertragsausfall in
2025 von 0,9 Mio. € auf 1,36 Mio. € und
2026 von 1,1 Mio. € auf 1,53 Mio. € erhöht.

Entlastungen über den Finanzausgleich und Umlagezahlungen könnte es erst ab 2027 geben, sofern die Rahmenbedingungen so bleiben und nicht noch schlechter werden.

Haushaltsentwicklung 2024:

Nach den Hochrechnungen der Stadtkämmerei wird der **Ergebnishaushalt** mit einem Defizit von voraussichtlich 9,43 Mio. € abschließen, das entspricht einer Verschlechterung im Saldo von rund 2,6 Mio. € zum geplanten Gesamtergebnis von – 6,8 Mio. € laut Haushaltssatzung.

Diese Entwicklung hat mehrere Gründe:

Zum einen wurde der Planansatz bei der Gewerbesteuer bereits im Sommer mit dem **2.**

Finanzzwischenbericht (FZB) um 3 Mio. € nach unten korrigiert; hier rechnen wir auch weiterhin bis Jahresende mit keiner Trendwende.

Durch höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen werden wir in diesem Bereich nach der aktuellen Hochrechnung deutlich über dem Planansatz liegen.

An **Kreditaufnahmen** war im laufenden Jahr mit 15,8 Mio. € gerechnet worden.

Verschiebungen bei den Auszahlungen, derzeit rd. 14 Mio. €, wirken sich unmittelbar auf den Finanzhaushalt aus; so muss fortlaufend die **Liquiditätsplanung** aktualisiert werden.

Mit dem **3. FZB**, den die Stadtkämmerei zur halbtägigen Haushaltsplanberatung am 26.11.2024 vorlegen wird, kann es noch zu Veränderungen bei der Kreditaufnahme kommen.

Dies hängt auch davon ab, wie viele Auszahlungen, die in Vorjahren veranschlagt wurden, letztlich noch abfließen.

An Kreditaufnahme rechnen wir in 2024 bisher mit **3,8 Mio. €** (gegenüber der Planung von 15,8 Mio. €). Der Schuldenstand zum 31.12.24 wird dann 18,6 Mio. € betragen.

Das **Hochwasser** in diesem Jahr hat auch Winnenden getroffen und Schäden verursacht, deren Behebung ungeplante Kosten im Haushalt verursacht.



Die Schäden an Gebäuden, Fahrzeugen und Geräten sind versichert.

Die weitere Regulierung der Hochwasserschäden an nicht versicherbaren Straßen, Brücken, Feldwege, Spielplätze und Sportanlagen erfolgt Schritt für Schritt nach Dringlichkeit zusammen mit den Ämtern und Fachfirmen.

Mögliche Zuschüsse werden in Abstimmung mit den Förderstellen beantragt, um Gelder erhalten zu können und somit die Finanzierungslücke von rd. 650 T€ zu verringern.

Haushalt 2025:

Vorweg:

Die Verwaltung hat intern viel vorgearbeitet und schmerzhaftige Kürzungen vorgenommen.

Wie Sie dem Haushaltsplanentwurf entnehmen können, werden für das Jahr 2025 und durchgehend über alle Finanzplanjahre 2026 bis 2028 trotz aller Bemühungen und Anstrengungen **negative ordentliche Ergebnisse** ausgewiesen.

Der Ergebnishaushalt hat bei den Aufwendungen ein Volumen von 114,7 Mio. €, die Erträge belaufen sich auf 108,1 Mio. €, damit gleicht sich der Ergebnishaushalt um bisher etwa 6,7 Mio. € (neu 8,06 Mio.€, denn die neuesten Zahlen sind noch nicht eingerechnet) nicht aus. Unter Berücksichtigung der reinen zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen kann in 2025 auch nun **kein Liquiditätsausgleich** mehr erzielt werden.

Steuererträge:

Die Haushaltszahlen wurden auf der Grundlage der Mai-Steuerschätzung entwickelt.

Der **endgültige Haushaltserlass** ist für diese Woche angekündigt, dessen Auswirkungen arbeiten wir bis zur halbtägigen Haushaltsplanberatung am 26.11.2024 ein.

Hier sehen wir nach dem Entwurf in 2025 und 2026 weitere Verschlechterungen und wie bereits erwähnt, frühestens ab 2027 wieder eine Entlastung im Haushalt, sofern alle Rahmenbedingungen so bleiben.

Wie eingangs erwähnt, wird für das Jahr 2025 ein Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent prognostiziert.

Aufgrund dieser Annahme haben wir den Planansatz bei der **Gewerbesteuer** mit 24 Mio. Euro vorgesehen.

Das sind auf den ersten Blick rund 1,5 Mio. € weniger als im laufenden Haushaltsjahr 2024 veranschlagt, aber 1,5 Mio. € mehr als das zu erwartende Jahresaufkommen 2024 mit rd. 22,5 Mio. €.

Das Inkrafttreten der **Grundsteuerreform** ist mit Wirkung zum 01.01.2025 vorgesehen. In der Gesamtauswirkung soll die Grundsteuerreform grundsätzlich zu keinen Mehreinnahmen im städtischen Haushalt führen.



Für die Ermittlung eines aufkommensneutralen Gesamtbetrags ist eine möglichst hohe Datenlage erforderlich.

Natürlich kann im Rahmen von Haushaltsberatungen aus finanziellen Gründen immer auch eine Erhöhung diskutiert und argumentiert werden.

Als den richtigen Zeitpunkt für die Entscheidung über die neuen Hebesätze sehen wir die Dezemberrunde, wenn die erforderliche Datenlage qualitativ und quantitativ gesicherter und der Haushalt diskutiert ist.

Kommen wir nun zu den **Aufwendungen im Ergebnishaushalt:**

Die Ankündigung, den Hebesatz bei der **Kreisumlage** im nächsten Jahr um 3,8 %-Punkte auf 36,3 % zu erhöhen, führt zu jährlichen Mehrbelastungen von mindestens 2 Mio. € pro Haushaltsjahr.

Die **Personalaufwendungen** im Planungsjahr 2025 werden mit 37,6 Mio. € veranschlagt, das sind rund 0,9 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Diese Zahl war die Basis für die Planung der Personalaufwendungen, aktualisiert um absehbare Änderungen. Neue Stellen, Stellenveränderungen, Beförderungen und Höhergruppierungen wurden soweit bekannt detailliert zugeordnet und eingerechnet.

Der Personalbestand zum 30.06.2024 beträgt 610 Beschäftigte und 82 Beamte (insgesamt 692) in Voll- oder Teilzeitbeschäftigung.

Der geplante **Rechtsanspruch auf Ganztages-Betreuung** im Grundschulbereich ab dem Schuljahr 2026/2027 löst spätestens zu diesem Zeitpunkt im Sozial- und Erziehungsdienstbereich einen noch höheren Personalbedarf aus.

In diesem Zusammenhang noch folgende Anmerkungen zu unseren **Stadtwerken**.

Für den jährlichen Abmangelausgleich zwischen der Stadt und der Stadtwerke Winnenden GmbH sind 2,0 Mio. € im Haushalt pro Jahr eingestellt. Neue Erkenntnisse werden mit Bekanntgabe des Wirtschaftsplans 2025 durch die Geschäftsführung der Stadtwerke vorliegen.

Ein etwaiger höherer Abmangel ist in unserem Planwerk noch nicht enthalten und damit nicht finanziert.

Ob wir weitere Belastungen und/oder Entlastungen bekommen werden, zeigt sich mit der 1. Änderungsliste, die wir zur halbtägigen Haushaltsberatung am 26. 11. vorlegen werden. Dann wird sich auch zeigen, ob noch weitere Maßnahmen zur Gegenfinanzierung (z. B. Anpassung bei den Steuerhebesätzen, globaler Minderaufwand) zur Sicherung des Ergebnishaushalts erforderlich sein werden.



Finanzhaushalt:

Der Finanzhaushalt hat ein Investitionsvolumen mit veranschlagten Auszahlungen von 24,1 Mio. €. Leider wird der Ergebnishaushalt keine überschüssigen Mittel erwirtschaften, um damit Investitionen tätigen zu können. Die Einzahlungen aus Zuschüssen, Grundstückserlösen und der Veräußerung von beweglichem Vermögen werden diese Investitionen nicht voll decken können, so dass ein Finanzierungsmittelbedarf von rund 13 Mio. € entsteht.

Die Verschuldung unserer Stadt wird zunehmen. Wir werden Stand heute neue Kredite i. H. v. 13,2 Mio. € aufnehmen müssen.

Zielvorgabe dabei war bisher, dass die Gesamtverschuldung bis zum Ende des Finanzplanzeitraums maximal 25 Mio. € betragen soll.

Dies können wir Ihnen heute nicht vorlegen, denn die städtischen Schulden würden zum 31.12.2028 dann 27,81 Mio. € betragen.

Wie Sie wissen, wird grundsätzlich seit dem Haushaltsjahr 2023 auf die Bildung von Ermächtigungsresten verzichtet, um eine bessere Übersicht der tatsächlich geplanten Mittel zu ermöglichen.

Ansätze, die voraussichtlich im geplanten Jahr nicht abfließen, sind bereits mit der Mittelanmeldung für das nächste Haushaltsjahr zu berücksichtigen und somit als Planansatz im Haushaltsplan sichtbar.

Der Gemeinderat hat im Juni 2024 den **Jahresabschluss 2018** einstimmig festgestellt, der folgende zum 31.12.2019, wurde Anfang Oktober von der Stadtkämmerei erstellt und an das Rechnungsprüfungsamt übergeben.

Damit halten wir den vom Regierungspräsidium geforderten Zeitplan ein, um Stück für Stück die ausstehenden Beschlüsse nachzuholen.

Den Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) über die **Eröffnungsbilanz auf den 01.01.2018** erwarten wir bis Jahresende, so dass hier Rechtssicherheit und Planbarkeit bestehen.

Mit den Fortsetzungsinvestitionen können wir im Finanzplanungszeitraum wichtige Aufgaben abschließen.

Auch hier sind die bisherigen Kosten, soweit bekannt, nach oben angepasst worden.

Zu nennen sind:

- Schlussrechnungen über die Neugestaltung der ehemaligen B 14 in 2025 mit 4,4 Mio. €.
- Abschluss Sanierung des Lessinggymnasiums mit 500 T€ im Jahr 2025.
- Sanierung Georg-Büchner-Gymnasium (insbesondere Technik und Verkabelung) mit rund 2,5 Mio. € in den Jahren 2025 bis 2028.
- Ausbau Schulkindbetreuung Grundschule am Hungerberg mit insgesamt 8 Mio. € (Förderung beantragt)
- Anschaffungen von Feuerwehrfahrzeugen und weitere dringende Anschaffungen nach dem FW-Bedarfsplan
- Abschlussraten Neubau Kinderhaus Koppelesbach 500 T€ im Jahr 2025.



- Erneuerungs- und Ergänzungsinvestitionen in die Kläranlagen mit rund 2,3 Mio. €.

Aufgrund fehlender Finanzmittel konnten leider viele Maßnahmen nicht in die Haushalts- und Finanzplanung aufgenommen werden. Teilweise sind hier bisher nur Planungskosten eingestellt, hier verweisen wir auf die Vorlage-Nr. 188/2024 zu den Haushaltseckpunkten v. 24.09.2024.

Zum Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtbau:

Mit der Flüchtlingswelle 2015 haben die Kommunen die Aufgabe bekommen, im Rahmen der Anschlussunterbringung weiteren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

Um mit dieser Aufgabe nicht den städtischen Haushalt, der genügend andere Pflichtaufgaben zu erfüllen hat, zu belasten, wurde 2016 das Sondervermögen „Eigenbetrieb Stadtbau Winnenden“ gegründet.

Weiter wurde dem Eigenbetrieb die Aufgabe zugewiesen, **bezahlbaren Wohnraum** für breite Schichten der Bevölkerung zur Verfügung zu stellen. Bei dieser Aufgabenerfüllung ist der Eigenbetrieb gut vorangekommen. In Unterkünften des Eigenbetriebs sowie in vom Eigenbetrieb angemieteten Wohnungen leben derzeit 231 Personen im Rahmen der Anschlussunterbringung (Stand 30.10.2024).

Bis zum Jahresende 2024 erhöht sich die Personenzahl voraussichtlich auf ca. 250-260 Personen. Daneben hat der Eigenbetrieb 35 Mietverhältnisse mit insgesamt 98 Mietern.

Aufgrund der weiterhin angespannten Situation auf dem sozialen Wohnungsmarkt ist die Dringlichkeit der Schaffung von zusätzlichem Wohnraum nach wie vor hoch.

Die Anforderungen sollen mit folgenden Projekten erfüllt werden:

- Festwiese Birkmannsweiler
- Sportplatz Höfen
- Hofkammerstraße Birkmannsweiler
- Am Hambach / Ruitzenmühle
- Bauvorhaben Douglasienweg / Körnle Erweiterung

Alle diese Investitionen werden im Eigenbetrieb über Zuschüsse und Kredite finanziert. Die Refinanzierung der Kredite erfolgt weitgehend über Sozialleistungen im Bereich der Anschlussunterbringung sowie über Mieten und Abmangelbeträge, die aus dem städtischen Haushalt kommen.

Durch die erfolgsneutrale Abbildung des Abmangels weist der Wirtschaftsplan im Jahr 2025 zunächst ein Defizit in Höhe von 180.200 € auf.

Der städtische Haushalt hat 235 T€ an **Kostenerstattungen für Verwaltungsleistungen** erhalten, die städtisches Personal für den Eigenbetrieb erbringen (z.B. für Buchhaltungsaufgaben, Bauunterhaltungsbetreuung, Mietverwaltung).



Zur Finanzierung der Bauvorhaben sind im Jahr 2025 **Kreditaufnahmen** in Höhe von 9,7 Mio. € eingeplant, davon sind 2,1 Mio. € aufgrund der Kreditermächtigung aus dem Vorjahr.

Die **Verschuldung** wird in 2025, um geplant 9,2 Mio. €, auf insgesamt 41,5 Mio. € bis Jahresende steigen. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums 2028 wird mit einer Verschuldung des Eigenbetriebs von rund 42,8 Mio. € gerechnet.

Trotz dieser finanziellen Entwicklungen stehen wir zum Eigenbetrieb, da er originär Aufgaben der städtischen Daseinsvorsorge im Rahmen der Schaffung sozialen Wohnraums übernommen hat und diese auch erfüllt.

Meine Damen und Herren, die Haushaltsplanung 2025 mit Finanzplanung bis 2028 liegt nun als Entwurf in Ihren Händen.

Die finanzielle Lage ist ernst, die Herausforderungen sind groß.

In den anstehenden Beratungen und Beschlussfassungen von Tagesordnungspunkten mit finanzieller Wirkung bitte ich diese Entwicklung bei den Entscheidungen zu berücksichtigen.

Etwas möchte ich noch mitgeben.

Wir können nicht mehr so weitermachen wie die letzten Jahre.

Ständig bewegen wir neue Aufgaben, die wir erfüllen möchten.

Es geht um dies und das. Beispiele: Parkraum schaffen, Verkehrsleitsysteme einführen, Radwege bauen, Verkehrsübungsplatz schaffen, Klimaneutrale Stadtverwaltung ab 2035 werden, Aufenthaltsqualitäten Innenstadt verbessern, Buchenbach landschaftlich aufwerten, Ganztagesbetreuungs-plätze für Grundschüler schaffen, Schulen sanieren, Rathaus sanieren, Freibad Höfen erhalten, Feuerwehrfahrzeuge beschaffen, Feuerwehrhaus Stadtmitte erweitern, Baugebiete umlegen, Kanalnetze sanieren, IBA-Gelände entwickeln, Hochwasserschutz betreiben, Katastrophenschutzmaßnahmen umsetzen, Sanierungsmaßnahmen im Gebiet Nord-Ost umsetzen, Straßenentwicklung Schiefersee mit Spielplatz umsetzen, Benefits für Mitarbeitende einführen, neues Gebäude für Technische Betriebe und Stadtwerke planen, digitaler und schneller werden und und und...

Ständig beschäftigen sich Mitarbeitende mit diesen und anderen Themen, obwohl wir vieles nicht umsetzen können. Wir müssen priorisieren.

Das entlastet die Stadt, personell und finanziell.

In der halbtägigen Haushaltsplanberatung am 26.11.2024 ist mit der 1. Änderungsliste die Haushaltssituation zu betrachten.



Die Grenze der Genehmigungsfähigkeit ist mit dem Regierungspräsidium zu besprechen. Weitere Konsolidierungen sind zu prüfen.

Bei Rückfragen, dürfen Sie sich gerne an mich oder direkt an die Stadtkämmerei wenden.

Beim Team der Stadtkämmerei unter der Leitung von Herrn Frottier und Herrn Schmalz bedanke ich mich für die Erstellung des Planentwurfs und die Aufarbeitung der Finanzzahlen.

Der **Dank** gilt auch allen Ämtern für die Haushaltsanmeldungen und für die kritischen, aber zielführenden Beratungen und dem ein oder anderen zurückstellen von Aufgaben angesichts des engen Finanzrahmens.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

